

NIEDERSCHRIFT JFSKA/015/2008

über die Sitzung **des Jugend-, Familien-, Senioren- und Kulturausschusses der Stadt Billerbeck** am 13.11.2008 im **Kultursaal der Alten Landwirtschaftsschule**.

Vorsitzende:

Frau Gabriele Mönning

Ausschussmitglieder:

Herr Ludger Kleideiter

Vertretung für Herrn
Bernhard Kortmann

Herr Franz-Josef Schulze Thier

Frau Birgit Schulze Wierling

Frau Margarete Köhler

Sachkundige Bürger gem. § 58 Abs. 3 GO NW:

Frau Bernadette Nattler

Frau Stephanie Weitkamp

Herr Karl-Heinz Handwerk

Herr Thomas Walbaum

Sachkundige Bürgerin gem. § 58 Abs. 1 Satz 7 GO NW:

Frau Nicola Ebel

Von der Verwaltung:

Herr Hubertus Messing

Herr Martin Struffert

Herr Martin Böing

Frau Birgit Freickmann

Schriftführerin

Beginn der Sitzung:

18:00 Uhr

Ende der Sitzung:

19:45 Uhr

TAGESORDNUNG

I. Öffentliche Sitzung

1. Kinder- und Jugendpartizipation

Nach kurzer Einführung durch Herrn Struffert stellt Herr Böing das von ihm erarbeitete Konzept zur Umsetzung der Kinder- und Jugendpartizipation vor (siehe Anlage 1 zur Niederschrift).

Frau Ebel moniert, dass das Konzept nicht mit der Einladung versandt worden ist, da sie sich gerne im Voraus hiermit beschäftigt hätte.

Frau Köhler äußert ihre Bedenken über die Art, wie die Schüler angesprochen werden sollen. Sie glaube nicht, dass sich die Schüler durch eine unpersönliche Ansprache über die Zeitung, Flyer oder Internet angesprochen fühlen. Eine persönliche direkte Ansprache wäre sinnvoller. Außerdem hätte sie gedacht, dass auch die Grundschüler angesprochen werden sollen.

Herr Böing hält eine persönliche Ansprache ebenfalls für besser, gibt aber zu bedenken, dass diese sehr zeitintensiv sei und man niemanden vergessen wolle. Im Übrigen sei vorgesehen, bei Bedarf auch 6- bis 12-jährige Kinder zu beteiligen.

Herr Schulze Thier stellt voran, dass hier der richtige Weg beschritten werde, aber der Begriff „Partizipation“ durch ein weicheres Wort wie z. B. „Beteiligung“ ersetzt werden sollte. Hierdurch würden sich die Kinder und Jugendlichen eher angesprochen fühlen. Wichtig erscheine ihm zudem, dass die Kinder- und Jugendlichen Vertrauen entwickeln und ernst genommen werden. Deshalb sollten auch die Vertrauenslehrer an den Schulen angesprochen werden.

Herr Struffert merkt an, dass selbstverständlich im Umgang mit den Kindern und Jugendlichen ein anderer Begriff als Partizipation verwandt werde.

Herr Kleideiter hält die Kinder- und Jugendpartizipation für richtig und wichtig. Allerdings müsse man sich auch Zeit hierfür nehmen und sich mit den vorgebrachten Punkten auseinandersetzen, damit sich die Kinder und Jugendlichen ernst genommen fühlen. Oftmals würden Dinge mit Kindern und Jugendlichen angefangen und liefen dann ins Leere.

Frau Ebel schließt sich dem an. Ganz wichtig sei, dass die Kinder und Jugendlichen sich ernst genommen fühlen, ansonsten könne man es besser lassen. Zu einem Konzept gehöre nach ihrer Meinung aber noch mehr als jetzt vorgetragen, u. a. fehlten Aussagen wie man an die Kinder und Jugendlichen und insbesondere an die schwierigen heran kommen wolle, mit welcher Strategie sie dann zur Mitarbeit bewegt werden sollen, wie die Gruppen gebildet werden sollen und schließlich wie die Finanzierung aussehe. Dann stelle sich die Frage, ob das Ganze überhaupt in Eigenregie durchgeführt werden kann oder ob externe Berater benötigt werden. Sie regt an, Kontakt mit den zwei ausschließlich für die Kinder- und Jugendpartizipation zuständigen Mitarbeiter der Stadt Münster aufzunehmen.

Frau Mönning sieht es als Aufgabe dieses Ausschuss an, das Konzept nun mit Inhalten zu füllen.

Herr Walbaum ist der Auffassung, dass man sich nicht so sehr auf die Schulen konzentrieren sollte, sondern versuchen sollte, diejenigen zu beteiligen, die Probleme bereiten. Diese sollten eine Wertschätzung erhalten. Da die vorgeschlagene Ideen-Werkstatt in Richtung Workshop

gehe, gebe er zu bedenken, dass man so etwas nicht nebenbei leisten könne.

Wichtiger als über die Schulen sei die Ansprache der Kinder und Jugendlichen über die Vereine, so Frau Schulze Wierling. In der Grundschule hörten die Schüler noch auf ihre Lehrer, in den weiterführenden Schulen komme eine Ansprache der Schüler durch die Lehrer nicht mehr so gut an. Außerdem sollten sich möglichst viele Politiker an der Ideen-Werkstatt beteiligen, damit sie von den Kindern und Jugendlichen direkt angesprochen werden können.

Herr Struffert macht im Hinblick auf die angesprochenen externen Fachkräfte deutlich, dass Billerbeck nicht über die finanzielle Ausstattung wie die Stadt Münster verfüge. Im Übrigen seien auch in der hiesigen Verwaltung mit Herrn Böing und den Mitarbeiterinnen des Jugendzentrums Fachkräfte vorhanden. Außerdem sei beabsichtigt, Informationen über funktionierende Projekte einzuholen.

Herr Messing hält es für entscheidend, den Jugendlichen positiv zu vermitteln, dass die Beteiligung für sie eine Chance darstellt. Die Ideen-Werkstatt dürfe keine Pflichtveranstaltung sein, mit Zwängen erreiche man niemand. Die Politiker müssten sich dem Dialog stellen.

Frau Mönning betont, dass man nicht im Sinn haben dürfe, die Jugendlichen therapieren zu wollen. Man müsse versuchen, die breite Masse zu motivieren, wenn man dann auch noch an die schwierigen herankomme, sei das noch besser.

Herr Kleideiter regt an, eine Förderung durch die in der Gründung befindliche Stiftung „Kinder in Not“ zu erwirken.

Herr Messing verweist auf die Sparkassenstiftung. Sobald man das Projekt beziffern könne und sich abzeichne, wie es angenommen wird, werde ein entsprechender Antrag gestellt. Darüber hinaus müssten Mittel bei den Haushaltsplanberatungen eingestellt werden.

Frau Köhler bekräftigt, dass man nicht nur über die Vereine, sondern auch über den Politikunterricht in den Schulen die Kinder und Jugendlichen ansprechen sollte. Außerdem müsse der Aktionstag gründlich vorbereitet werden. Kinder und Jugendliche ließen sich nicht einladen, wenn sie keinen Sinn darin sähen.

Herr Handwerk stellt seinen Ausführungen voran, dass das Vorhaben, Kinder und Jugendliche teilhaben zu lassen lobenswert sei. Entscheidend werde sein, dass die Veranstaltung minutiös geplant und strukturiert wird. Insbesondere für die Gruppenbildung müsse ein Konzept vorliegen, jemand müsse die Gruppen moderieren und die Wünsche der Teilnehmer formulieren. Alles entscheidend sei aber die Frage, was nach einer erfolgreich durchgeführten Veranstaltung passiere. Er habe die große Sorge, dass die Wünsche mit dem Hinweis auf fehlende Mittel nicht umgesetzt werden. Das dürfe auf keinen Fall passieren, sonst brauche man

eine solche Veranstaltung erst gar nicht in den Stil stoßen.

Frau Ebel schließt sich der Meinung des Herrn Handwerk an. Als nächstes müsse das Konzept verfeinert und z. B. dargelegt werden, wie und von wem die Kinder und Jugendlichen angesprochen und welche Gruppen gebildet werden sollen sowie welches Konzept der Gruppenbildung zugrunde liegen soll und wer diese moderiert. Des Weiteren müsse die finanzielle Konstruktion dargelegt werden.

Der Gedanke, Kinder und Jugendliche mitbestimmen zu lassen sei ein hohes Gut, so Frau Nattler. Man müsse aber viele gute Leute haben, die über Erfahrungen verfügten und auf Augenhöhe mit den Teilnehmern diskutieren können. Auch sie vertrete die Meinung, dass das Konzept noch genauer und klarer formuliert werden müsse.

Herr Schulze Thier hält eine gute Vorbereitung des Aktionstages für sehr wichtig. Die Kinder und Jugendlichen müssten das Gefühl haben, etwas bewirken zu können.

Frau Schulze Wierling kann sich vorstellen, dass eine Gruppe auch selbst aktiv wird und evtl. in Eigeninitiative gewünschte Maßnahmen umsetzt.

Herr Messing versichert, dass man mit den Jugendlichen arbeiten und ihnen nichts überstülpen wolle. Sicherlich werde auch der Wunsch nach einer Diskothek kommen, dann werde man erklären müssen, warum eine solche nicht installiert werden kann. So komme es zu einem Austausch, man müsse nicht alles am Geld festmachen. Letztendlich hätten die Politiker über die Mittelbereitstellung für die Projekte zu entscheiden. Der Prozess der Kommunikation sollte nicht gestoppt werden.

Herr Kleideiter schlägt vor, vorab einen finanziellen Rahmen festzulegen.

Nach weiterer Erörterung fasst Frau Mönning schließlich zusammen, dass offenbar grundsätzlich Einigkeit darüber besteht, an dem Konzept weiter zu arbeiten. In einer der nächsten Sitzungen sollte das Konzept, in dem die heutigen Anregungen und Vorschläge eingearbeitet werden, wieder vorgelegt werden.

Der Ausschuss fasst folgenden

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, an dem vorgelegten Konzept unter Einbeziehung der heutigen Vorschläge weiter zu arbeiten und in einer der nächsten Sitzungen wieder vorzulegen.

Stimmabgabe: einstimmig

Frau Mönning bittet zu prüfen, in welcher Form Jugendliche in diesem Ausschuss mitarbeiten können.

Frau Nattler regt an, Informationen aus Rosendahl über das dort mit Kindern und Jugendlichen durchgeführte Projekt „Wie entsteht eine Stadt“ einzuholen.

2. Mitteilungen

2.1. Seniorenratgeber - Herr Messing

Herr Messing berichtet, dass der Seniorenratgeber fertig sei und in Druck gehe, so dass er am 24. November 2008 mit dem Pfarrgemeindebrief verteilt werden könne. Im Außenbereich werde er mit den Steuerbescheiden im Januar 2009 versandt. Zunächst würden 5000 Exemplare gedruckt, die Finanzierung sei durch Sponsoren sichergestellt. In 3 Jahren sei eine Überarbeitung vorgesehen.

Herr Messing stellt den Seniorenratgeber mittels einer Power-Point-Präsentation vor und bedankt sich bei Frau Maeßen und den Sponsoren.

Frau Köhler erkundigt sich, ob in dem Seniorenratgeber die zum 1. Juli 2008 in Kraft getretene Gesetzesänderung bzgl. der in Pflegestufe O befindlichen Personen berücksichtigt worden sei.

Herr Messing teilt mit, dass der Ratgeber keine Gesetzestexte beinhalte, da diese immer wieder aktualisiert werden müssten. In dem Seniorenratgeber seien aber Ansprechpartner zu bestimmten Fragestellungen aufgelistet, an die sich die Senioren wenden können.

Frau Nattler regt an, den Seniorenratgeber auch dem Sozialdienst im Krankenhaus zur Verfügung zu stellen.

2.2. Vandalismus - Herr Messing

Herr Messing informiert die Ausschussmitglieder darüber, dass künftig restriktiver gegen den Vandalismus insbesondere an der Haupt- und Realschule vorgegangen werde. Herr Böing sei zwar mit den Jugendlichen, die sich an den Schulen trafen, im Gespräch. Dennoch komme es nach 23:00 Uhr, wenn Herr Böing nicht mehr vor Ort sei und der Alkoholkonsum zunehme, zu Vandalismusschäden. Die Schulen beschwerten sich am nächsten Tag über herumliegende Glasscherben und z. B. zerstörte Abdeckungen. Zunächst würden Schilder aufgestellt, die dazu berechtigten, Platzverbote auszusprechen. Des Weiteren sei geplant, einen Sicherheitsdienst einzusetzen. Auch am „runden Tisch gegen Gewalt“ werde das Thema bei der nächsten Zusammenkunft noch einmal angesprochen.

Frau Mönning wundert sich, dass jetzt Schilder aufgestellt werden sollen. Bei einer ähnlichen Situation im Bereich des Wallgartens habe die Verwaltung die Auffassung vertreten, dass das Aufstellen von Schildern nichts nütze und die Polizei tätig werden müsse.

In der anschließenden Erörterung wird das Für und Wider von Videokameras, die Einbeziehung der Eltern und der Einsatz eines nur für Jugendliche hörbaren hohen und abschreckenden Pfeiftones angesprochen.

Abschließend macht Herr Messing deutlich, dass eine Problemverlagerung nichts bringe. Es solle rigoroser vorgegangen werden: Dies könne nicht durch Herrn Böing, der ja Ansprechpartner der Jugendlichen sei und sich um Vertrauen bemühe, erfolgen, hier sei der Polizeieinsatz notwendig.

2.3. Neubesetzung einer Stelle im Jugendzentrum - Herr Struffert

Herr Struffert teilt mit, dass eine Mitarbeiterin des Jugendzentrums aus persönlichen Gründen in Kürze ausscheide. Die Stelle werde zum 1. Januar 2009 wieder besetzt. Die Stellenausschreibung erfolge am Wochenende.

3. Anfragen

3.1. Erinnerungsstätte im Bereich der Realschule (Kreuze) - Herr Kleideiter

Herr Kleideiter weist auf Beschädigungen einiger Kreuze hin. Herr Messing sagt Überprüfung und Abhilfe zu.

3.2. Schülerbeförderung nach Havixbeck - Frau Köhler

Frau Köhler gibt Beschwerden von Eltern über die nachmittägliche Beförderung nach Havixbeck wider.

Herr Messing teilt mit, dass es in der Zwischenzeit eine Zusammenkunft mit den Eltern gegeben habe. Betroffen seien ca. 11 – 12 Familien aus Havixbeck. Problem sei die Beförderung an den Tagen mit Nachmittagsunterricht. Ein spezieller Schulbus werde nicht eingesetzt. Die Schüler führen an diesen Tagen mit ihrem Kombiticket mit der Bahn und danach mit dem Bus zur Ortsmitte Havixbeck. Ankunft sei kurz nach 17:00 Uhr. Wenn die Schüler den auf der Beerlage eingesetzten Schulbus nutzen würden und dieser über Poppenbeck nach Havixbeck führe, wären sie später zu Hause als wenn sie den Zug und den Umstieg nutzen. Die Eltern hätten nach dem Gespräch verabredet, Fahrgemeinschaften zu bilden. Wenn mehr Kinder betroffen wären, könne man auf die Westfalen Bus Einfluss nehmen. Von dort werde aber immer auf die Wirtschaftlichkeit verwiesen. Ein Gespräch mit der Westfalen Bus stehe noch aus.

Nach kurzer Erörterung merkt Frau Köhler an, dass vernünftige Lösungen gefunden werden müssen, damit den Billerbecker Schulen keine Schüler

verloren gingen.

3.3. Offener Stromkasten - Frau Schulze Wierling

Ihr sei berichtet worden, so Frau Schulze Wierling, dass am Kerzenschein-Samstag der Stromkasten an der Ecke Eisdiele/Dom bei Regen offen gestanden habe. Dies sei auch im Rathaus gemeldet worden. Dort habe man gesagt, dass dies bereits der fünfte Hinweis sei und nun wohl jemand nachschauen müsse.

Hierüber sei ihm nichts bekannt, so Herr Messing. Er hoffe, dass der Kasten zeitnah verschlossen wurde.

Gaby Mönning
Ausschussvorsitzende

Birgit Freickmann
Schriftführerin